

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonntagabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. Januar 1919

Einzelgewinnpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 7

Der Buchdruckerstandpunkt

Von jeher haben wir Buchdrucker unser Streben als Menschen und Arbeiter von der Ansicht leiten lassen, daß wir nicht nur leben, um arbeiten zu müssen, sondern daß wir nur arbeiten wollen, um leben zu können. Daß wir auf diesem Wege Schritt auf Schritt mit immer neuen Schwierigkeiten zu rechnen hatten, war nicht unsere Schuld, sondern die der vergangenen „bewährten“ Wirtschaftsordnung im Allgemeinen. Diese hat uns unter der Herrschaft des Feudalismus, des Kapitalismus und des Imperialismus in das Blutbad des Weltkriegs gestürzt. Verlauf und Ausgang des Weltkriegs hat bewiesen, daß diese Wirtschaftsordnung von A bis Z auf einer ganz falschen Rechnung aufgebaut war. Daß diese falsche Rechnung überhaupt möglich gewesen ist, beruht auf historischer Entwicklung und der durch sie im Lande der „Denker und Dichter“ geschaffenen psychologischen Verfassung des deutschen Volkes.

In allen Phasen dieser historisch-psychologischen Entwicklung hatten nun gerade wir Buchdrucker mehr als genug Gelegenheit, Druck und Gegenbruch der sozialen Kämpfe im Ringen der Klassen- und Kastenverhältnisse wie zwischen zwei Mühlsteinen mildernd zu müssen. Keine große soziale oder politische Umwälzung hat sich vollzogen, ohne daß dabei Buchdrucker der Parteien Günst- und Mißgunst zu erdulden gehabt hätten. Proudhon, Stephan Born und Scheidemann sind drei typische Zeugen für diese historischen Tatsachen.

So zeigt sich auch in der Gegenwart, daß wir Buchdrucker überall dort, wo die Geburtswehen der neuen Zeit besonders schwer sind, für rechts wie für links als Prellböcke dienen müssen, an denen sich überreizte Gemüter erst wieder von der ehernen Macht aller wie neuer Gegenstände überzeugen müssen. Vom Kampf um die Pressefreiheit im allgemeinen, mit der Erstürmung und Zerstörung von Zeitungsdruckereien im besonderen, über naive Seremiaden der „Leipziger Volkszeitung“ wegen allzu schwacher oder gar keiner Sympathien der Buchdrucker für politische Sympathiestreiks neuerer Art, bis zu verweifelten Klagen aus buchgewerblichen Unternehmerkreisen über angebliche Tarifbrüche der Buchdrucker zugunsten von eben solchen Sympathiestreiks haben wir so ziemlich alles beieinander, was auch neuerdings wieder deutlich beweist, daß wir Buchdrucker es eigentlich gar niemandem recht machen können.

So bleibt uns auch in diesen Tagen nichts anderes übrig, als uns damit abzufinden, daß wir weder nach rechts noch nach links abirren dürfen, sondern in wirtschaftlichen wie politischen Dingen den sogenannten Buchdruckerstandpunkt fester als je im Auge behalten müssen, wenn wir nicht zum Spielball der Launen und Willkür von rechts oder links werden wollen. Dieser Buchdruckerstandpunkt verkörpert sich im Kerne seines Wesens in dem, was kein Geringerer als der geistige Vater des Sozialismus, Karl Marx, selbst als einzig mögliche Lösung der sozialen Frage erkannt hat, und zwar nach unserer Auffassung, unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Bekämpfung der Unwissenheit der großen Massen über die Ursachen und Zusammenhänge aller sozialen Unterdrückungsfaktoren.
2. Verwerfung aller anarchischen Strömungen, die nur aller Reaktion Vorspanndienste leisten.

3. Wohlüberlegte Wertung und Verwertung der jeweils gegebenen geistigen und materiellen Kräfte im Dienste freier geistiger Entwicklung.

4. Verständnis dafür, daß, je nachdem das Leben den Menschen von der Wiege aus fundiert hat, es ihn auch dazu zwingt, die eine oder andere Richtung einzuschlagen, wenn er nicht als Sklave unter Sklaven geistig oder wirtschaftlich dahingehtieren will.

Von diesem Standpunkt aus ergibt sich auch für uns Buchdrucker eine klare Scheidung zwischen gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben. Während die Politik dazu dienen soll, die sozialen Gegensätze psychologisch abzuschleifen und damit zu beseitigen, bleibt es den gewerkschaftlichen Bestrebungen vorbehalten, die Quellen menschlicher Arbeit der Machtsphäre egoistischer Ausbeutung zu entziehen. Die gewerkschaftliche Widerstandskraft muß und wird uns zuvor bewahren, zu einer unerschöpflichen Masse rettungslos gebrochener Hungerleider herabgedrückt zu werden. Gewerkschaftliche Selbsthilfe muß zum Schmelzriegel kapitalistischer Fesseln werden. Und noch einmal sei hier wiederholt, was wir schon in Nr. 148 des vorigen Jahrganges gelegentlich einer kritischen Beleuchtung der neueren Marxliteratur als Quintessenz sozialistisch-gewerkschaftlicher Weltanschauung bezeichnen konnten: Der organisierte Zusammenschluß der Arbeiter in Gewerkschaften steigert den Preis der Arbeitskraft und verkürzt die tägliche Arbeitszeit, was gleichbedeutend ist mit mehr persönlicher Freiheit. Entwicklung der Technik, Betriebsorganisation und Kartellierung der Unternehmer erfordern jedoch fortgesetzte Verfeinerung und Vertiefung der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit zur Anpflanzung des gewerkschaftlichen Kampfes an erweiterte Produktionsstufen auf gewerblicher, großindustrieller, nationaler und internationaler Basis; woraus sich wiederum eine Annäherung an politische Hilfsmittel ergibt. Ohne die dieser letzteren direkt selbst zu bedienen, müssen die Gewerkschaften nach Karl Marx doch die Welt überzeugen, daß ihre Bemühungen, „weit entfernt, egoistisch und selbstsüchtig zu sein, die Befreiung der unterdrückten Millionen bezwecken“. Erst dadurch führt praktische Gewerkschaftsarbeit zu einem „Durchbrechen der Polizeiherrschaft und des Bürokratismus, zerreißt die Gefildeordnung und die Adelswirtschaft auf dem Lande; kurz, es ist eine Mahnung zur Mündigmachung der „Untertanen“. Aber „niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben“. Denn „was geht sie Liebkeck, was Dr. Schweiger, was meine Person (Karl Marx) an, nur die Sache — das ist das Wahre!“ Das ist das Prinzip strengster politischer Neutralität für die Gewerkschaften nach Karl Marx. Nach ihm sind Partei und Gewerkschaften nicht eins, sondern zwei sehr verschiedene Wege zu einem Ziele, die sich wohl gegenseitig unterstützen, aber nicht erleben können.

Auch die Revolution hat an dem Zusammenhänge dieser sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse noch wenig geändert. Wohl ist der alte Feudalismus in Stadt und Land, wie auch seine stärkste Stütze, der Militarismus, in seinen Grundfesten erschüttert und teils zu einem Schutthaufen ge-

worden. Aber immer noch fehlt eine geordnete, auf geschlechtlich einwandfreie Grundlage errichtete neue Regierung, die auch die tatsächliche Macht besitzt, die Errungenschaften der Revolution zu verankern und auszubauen. Von rechts wie von links sind dunkle Mächte am Werke, die dies zu vereiteln suchen. Und über all dem thront immer noch der Kapitalismus, und zwar nicht nur der deutsche, sondern der internationale mit arbeiterfeindlichen imperialistischen Tendenzen.

Ohne Zweifel hat der alte Militarismus gerade unsern gewerkschaftlichen Bestrebungen fast unermessliche Schwierigkeiten und Hindernisse bereitet; aber neben seinem eignen Selbsterhaltungstrieb war dazu seine finanzielle Hörigkeit im Dienste des Kapitalismus ganz besonders maßgebend. Der Untergang des alten militaristischen Systems bedeutet für den Kapitalismus nur den Verlust einer sehr brauchbaren Waffe, nicht aber schon seinen eignen Untergang. Wohl können die Arbeiterschaft und damit auch wir Buchdrucker erleichtert aufatmen, daß dem Kapitalismus endlich diese gefährliche Waffe entzogen ist. Aber wir können nur aufatmen zur Erholung und zur Kräftelammlung zu neuen und schweren Kämpfen gegen den Kapitalismus selbst. Denn all die Illusionen von Nationalisierung der Produktion sind vorerst nur schöne Träume. Ihre Verwirklichung und praktische Ausbarmachung für die Arbeiterschaft erfordern vor allen Dingen festere staatliche Grundlagen und noch festere wirtschaftliche Organisationen der Arbeiterschaft. Und gerade in dieser Richtung stehen wir Buchdrucker auf einer viel gesünderen Grundlage als die meisten andern deutschen Gewerkschaften. Sie wird es uns auch weit eher ermöglichen, einer besseren Ausnutzung der gewerblichen Verdienstsquellen und einer gerechteren Verteilung ihrer Erträge auf andere, dem Geiste der neuen Zeit entsprechendere, Basis praktisch näherzutreten. Und dazu wird uns gerade der realpolitische Buchdruckerstandpunkt weit mehr nützen als alle theoretischen Revolutionsideen, die wohl in Volksversammlungen wie Brillantfeuerwerk wirken, an den Stämmen der praktischen Tagesarbeit im weiten Rahmen der hartnäckigen Tatsachen der Weltwirtschaft aber verpuffen wie Seifenblasen. Denn darüber dürfen gerade wir Buchdrucker nicht im Zweifel sein, daß die Revolution ein furchtbares Erbe übernommen hat. Sie hat gewaltige Arbeit zu verrichten, die größte Umsicht und Festigkeit verlangt, damit die wirtschaftliche Lage nicht noch ver schlechtert wird. Die Verschlechterung kann aber nur vermieden werden, wenn die Volkswirtschaft so wenig wie möglich in ihrem Gange gestört wird, das heißt, wenn die Bedingungen erfüllt sind, unter denen das moderne, so weitverzweigte und feingegliederte volkswirtschaftliche Leben gesund funktionieren kann. Das schließt radikale Maßnahmen auf volkswirtschaftlichem Gebiete nicht aus. Ohne sie würde der Prozeß der allmählichen Bergesellschaftung der großen Unternehmungen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr ja nicht bewerkstelligt werden können. Nicht das radikale ist hier das schädliche, wohl aber das unorganisch-brutale Eingreifen in das Wirtschaftsleben. Wir sind uns der Größe der Aufgaben, die vor uns stehen, voll bewußt. Wir wissen, daß ihre Verrichtung nicht das Werk eines Tages sein kann, daß jeder große Schritt sorgfältig überlegt sein muß. Wir brauchen gleichzeitig Kühnheit und Besonnen-

heit. Auf keinem Gebiete mehr als eben in der Volkswirtschaft. In diesem Sinn enthält auch der sogenannte Buchdruckerstandpunkt kein andres Ziel, als die Volkswirtschaft auf allen Gebieten des sozialistischen Gedankens so zu entwickeln, daß größerer Wohlstand und mehr Freiheit auch im deutschen Buchdruckgewerbe das Endresultat sein werden.

Cs.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Auf Grund vieler Anfragen aus Kollegenkreisen ließ sich der Verbandsvorstand veranlassen, darauf hinzuweisen, daß die Vereinbarung hinsichtlich der Teuerungszulagen, welche am 31. Dezember 1918 ablaufen sollte, bis auf weiteres aufrechterhalten bleibt. Ferner gab die Organisationsleitung in der ersten Nummer des neuen Jahrgangs des „Vorwärts“ das Inkrafttreten der materiellen Leistungen des verhängten Tarifs mit dem 4. Januar bekannt. Von diesem Zeitpunkte an mußten die Gehilfen im gewissen Umfange die erhöhten Bezüge erhalten, und auch die Berechnung ihres Verdienstes unter Zugrundelegung des neuen Tarifpreises einfließen.

In bezug auf die 48stündige Arbeitswoche haben die beiderseitigen Organisationsleitungen vereinbart, daß täglich, außer Sonntags, 8^{1/2} Stunden gearbeitet wird und daß der Sonnabendnachmittag freibleibt. Diese Abmachungen gelten wie das diesbezügliche Gesetz selbst vorläufig bis zum Friedensschluß. Eine Lücke ist in dem Gesetze sowohl wie in den Vereinbarungen zu verzeichnen, nämlich die, daß die Berechnung für die Verkürzung der Arbeitszeit um vier Stunden pro Woche eine Entschädigung erhalten. Die Überstunden werden von jetzt an mit 50 Proz. Aufschlag auf den Grundlohn entschädigt. Sonderabmachungen, welche durch die Gas- und Elektrizitätssperre hervorgerufen wurden, sollen durch diese Vereinbarungen nicht beeinträchtigt werden.

Der österreichische Schriftleitertarif ist um ein Jahr verlängert worden; er gilt bis zum 31. Dezember 1919 und schließt auch die Stempelschreiber und die Graveure ein. Die Verlängerung erfolgte nach Verhandlungen vor dem Einigungsamt der Schriftleiter, und zwar in einer zielgemäßen Anpassung der tariflichen Bestimmungen an die derzeitigen Verhältnisse. Das Minimum wurde um 35 Proz. erhöht, und zwar um 10 Kr. in Stufe A, um 12 Kr. in Stufe B und um 13 Kr. in Stufe C. Um den gleichen Betrag erhöhen sich auch die Löhne der über Minimum entlohnenden Gehilfen. Alle Akkordlöhne sind um 30 Proz. erhöht worden, und zwar in der Weise, daß der Wochenverdienst ohne Teuerungszulage in der Schlussumme eine Erhöhung um 30 Proz. erfährt.

Auch der Tarif der Hilfsarbeiter von Wien und Niederösterreich wurde um ein Jahr verlängert. Die Grundpositionen sind um 2-7 Kr. erhöht worden und betragen nunmehr für Anfänger bis zu einem Jahre 24 Kr., für Hilfsarbeiter mit mehr als einjähriger Berufsausübung 26 Kr., für Malern- und Formenwäcker 27 Kr., für Formenwäcker 28 Kr., für Einleger und Punktlerner 29 Kr. und für Hilfsarbeiter mit ausschließlicher Beschäftigung in der Stereotypie, an Rotationsmaschinen oder in Sechsmalmaschinenleistungen 30 Kr. Für die Hilfsarbeiterinnen wurden folgende Sätze festgesetzt: Anfängerinnen im ersten Halbjahr erhalten 10,50 Kr., im zweiten Halbjahre 15 Kr.; Einlegerinnen an der Schnellpresse im zweiten Jahre 19 Kr., im dritten Jahre 21 Kr., Einlegerinnen an der Tiegedruckpresse im zweiten Jahre 17 Kr., im dritten Jahre 18 Kr., das Anfängerjahr stets einbezogen; Punktlernerinnen 24 Kr., sonstige Hilfsarbeiterinnen 16 Kr. Die allgemeinen Zulagen wurden für Männer mit 5 Kr., für weibliche Hilfsarbeiter mit 3 Kr. (Anfängerinnen 2 Kr.) pro Woche festgelegt.

Bezeichnenderweise haben die Papiervorräte in Österreich seit einiger Zeit wieder etwas zugenommen; es wird sogar behauptet, daß in Ungarn und Kroalien Papier gegen Lebensmittel ausgewechselt werden. Der Kohlenmangel ist zwar durchaus nicht behoben, aber man versucht sich durchzuschlagen, so gut es eben möglich ist.

Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer. In der Weihnachtswoche wurden in Wien allein 150 000 Erwerbslose gezählt; dabei sind die Buchdrucker in hohem Maße betroffen. Ihr Arbeitslosentand erreicht fast jenen bei Kriegsausbruch, zu welcher Zeit in Wien 1377 Konbitionslose vorhanden waren, und übertrifft jenen nach der Aussperrung im März 1914 noch bedeutend; zu dieser Zeit waren in Wien 747 Kollegen arbeitslos.

Gelegentlich eines Rückblicks auf das verfloßene Jahr erwähnt der „Vorwärts“ die mannigfachen Schwierigkeiten, mit welchen er in bezug auf Raum, Papier und die zur Verfügung stehenden Geldmittel zu kämpfen hatte. Er schildert, wie der Stilt des Jenseits auch in den Spalten des „Vorwärts“ gewirkt hat; der Jahrgang 1918 habe 11 „weiße Flecken“ aufzuweisen; frühere Jahrgänge seien allerdings noch viel mehr verunstaltet worden. Der letzte Jahrgang ist mit 120 Seiten Stärke der schwächste aller Jahrgänge gewesen. Die Auflage des „Vorwärts“ erreicht mit den Nummern 5 bis 43 den mindesten Stand, nämlich 7350 Exemplare pro Nummer. Gegenwärtig ist die Auflage auf 8800 gestiegen.

In Verbindung mit anderen Vereinigungen hat der Zentralverein der Zeitungsunternehmungen dem deutsch-österreichischen Staatsrat ein Gesuch überreicht, bei welchem die Aufhebung des Verbots der Zeitungslosporrage verlangt wird.

Die Nationalversammlung der deutsch-österreichischen Republik hat drei wichtige sozialpolitische Gesetze gefaßt: das Gesetz über die Einführung des Achtstundentags, ein Gesetz über die Kinderarbeit und schließlich ein solches, welches die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Heimarbeit regelt.

Ungarn. Auf Wunsch der Budapester Vertrauensmänner trat die Gehilfenorganisation mit dem Prinzipalverein behufs Gewährung einer Lohnzulage in Verbindung. Die Vertreter der Prinzipale und Gehilfen fanden sich zu diesbezüglichen Verhandlungen zusammen, deren Resultat bis jetzt noch verschwiegen wird. Aus dem „Gutenberg“ entnehmen wir, daß eine Konferenz der Vertrauensmänner zu dem Ergebnisse der Verhandlungen Stellung nahm. In dieser Konferenz sprachen sich sämtliche Redner gegen die unterbreiteten Vereinbarungen in solcher Weise aus, daß es das Organisationskomitee gar nicht zur Abstimmung kommen, sondern sich die Vollmacht geben ließ, nochmals mit den Prinzipalen zu verhandeln. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen worden.

Die vom Militär zurückgekehrten Gehilfen werden von einzelnen Prinzipalen geringer entlohnt als solche, die nicht zum Seeresdienst eingezogen worden sind. Aus diesem Grunde fordert das Organ der Budapester Prinzipale die Arbeitgeber auf, in dieser Hinsicht keinen Unterschied zu machen.

Der „Gutenberg“ beschäftigt sich in einer Betrachtung über die gegenwärtige Lage mit dem Verhältnisse zwischen Politik und Gewerkschaft und betont, daß diese sich in der Arbeiterbewegung ergänzen, nur könne die Wirkung nicht ein und dieselbe sein. Die Politik könne, ohne größeren Schaden anzurichten, einen von der Allgemeinheit abweichenden Standpunkt einnehmen; in der Gewerkschaft dagegen müßte eine geschlossene Phalanx bestehen. Unser ungarisches Bruderorgan legt entschieden Verwahrung dagegen ein, daß die Unterfrömmen, welche sich gegenwärtig auf politischem Gebiete bemerkbar machen, auch auf die Gewerkschaft hinüberzögen. Die jetzige Zeit sei zwar geeignet, augenblickliche Erfolge zu erzielen; die Gewerkschaften jedoch, welche ihre Erklarung den dauernden Erfolgen verbanken, seien nicht der passende Rahmen für Extrapragagen. Der „Gutenberg“ verlangt eine Klärung der Situation. Die Gehilfenschaft soll sich darüber äußern, ob sie gewillt ist, den Weg, auf welchem sie bisher von Erfolg zu Erfolg schritt, weiterzugehen oder denjenigen, auf dem sie in der Vergangenheit so böse Erfahrungen gemacht hat. Entweder — oder.

Schweiz. Mit dem neuen Jahr ist die Redaktion der „Helvetischen Typographia“ an den neu gewählten Schriftleiter, Kollegen Goldmann in Basel, übergegangen. In einem längeren Leitartikel entwickelt derselbe sein Programm und sagt den Kollegen, unter welchen Richtlinien er das Organ zu leiten gedenkt. Vor allem werde er auch darauf bedacht sein, den ewigen Nörglern und Stänkern, dem inneren Feind, der im Gewande des Borurteils, der Mörgeleucht und des Separatismus destruktiver Tendenz sein unheilvolles Wesen treibt und der für die Organisation weit gefährlicher ist als die natürliche Gegnerschaft von außen, entgegenzutreten. Fort mit dem unwürdigen Bruderwit! Über das Verhältnis zum Ausland und zum internationalen Sekretariat schreibt Kollege Goldmann: „Mehr als konventionelle Höflichkeit ist uns das kollegiale „Gott grüß die Kunst“, das wir an die Adressen der Redaktionen des „Gutenberg“, des „Korrespondent“, des Wiener „Vorwärts“ und der „Deutscheramerikanische Typographia“ sowie an das internationale Sekretariat richten. Wir werden bestrebt sein, das unidiale Band der internationalen Buchdruckerolidarität fester zu knüpfen durch Orientierung unserer Leser über die wichtigsten Vorhommnisse in den verengerten Verbänden. Mögen speziell unsere deutschen und österreichischen Kollegenverbände aus den Wirrnissen der Staatsumwälzungen so hervorgehen, daß sie beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ihrer Länder als wohlgeleitete Organisationen zum Schutze und als Hort ihrer Berufsgenossen wirksam sein können. Die Buchdruckerinternationalen möge aber bald ihre Aufrechterhaltung feiern als Wahrzeichen dafür, daß die Solidarität des Geistes sich nicht bannen läßt an enge Landesgrenzen.“ Möge es dem Kollegen Goldmann gelingen, auf seinem dorrenvollen Made seine guten Vorläufer zu verwirklichen!

Das Verhältnis des Typographenbundes zum Buchdruckerverein hat sich ganz merkwürdig gestaltet durch den Generalstreik und mutet fast wie eine Komödie an. Wie in Nr. 150 des „Korr.“ berichtet, hat der Zentralvorstand des Buchdruckervereins an den Typographenbund ein Schreiben gerichtet, worin verlangt wurde, dieser müsse ausreichende Garantien hinsichtlich des Vertragswillens und der Vertragsgarantie bieten. Die Delegiertenversammlung des Typographenbundes beschloß dann, es seien Unterhandlungen mit den Prinzipalen zu führen, um die Streitfrage zu regeln. Nun hat aber der Obmann des Einigungsamts dem Zentralkomitee des Typographenbundes mitgeteilt, „daß er verlange, daß dem Buchdruckerverein bestimmt erklärt werde, ob der Typographenbund die von diesem aufgestellten Bedingungen annähme. Erst nachher werde es möglich sein, den Berufsausgleich zu sammeln.“ Klingt das nicht wie ein Ultimatum? Zudem hat der Obmann des Einigungsamts überhaupt nichts zu verlangen. Und von Bedingungen kann sowieso keine Rede sein. Das heißt gerade noch! Die Konsequenz für den Buchdruckerverein wäre eigentlich, weil der böse Typographenbund nicht willens ist, seine Bedingungen anzunehmen, aus der Berufsgemeinschaft auszutreten. Aber das tun die Herrschaften nicht, sondern sie erklären, der Tarif bestehe noch zu Recht, der Typographenbund aber werde für seine

Teilnahme am Landesstreik damit bestraft, daß er wohl noch Mitglied der Berufsgemeinschaft sei, aber kein Mitbestimmungsrecht besitze, und nur noch Verpflichtungen habe, so zum Beispiel, den Druckpreiskurs durchzuführen. Ist das nicht eine Komödie? Und zwar eine ganz traurige! Des Pudels Kern liegt jedoch tiefer. Die Revision der Teuerungszulagen steht vor der Tür; und da will man nun die Gelegenheit benützen, diese abzulehnen mit der Begründung, daß der Verband nicht mehr vertragsfähig sei. Der letztere wird den Scharfmachern die richtige Antwort schon geben!

Rußland. Infolge der schweren inneren Wirren ist Rußland fast ganz dem Postverlehrs mit der übrigen Welt abgehakt. Nachrichten über dortige Ereignisse sind sehr schwer oder nur durch Zufall zu erhalten. Aus interellieren ja nur Informationen über die Lage des Buchgewerbes, aber auch diese fließen sehr spärlich und sind meist veraltet, so daß ein klares Bild der Gegenwart nicht zu erlangen ist. Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland datiert eigentlich erst seit der Revolution von 1905/6. Ihre ersten Wurzeln schlug sie in der ärmlichsten Stadt Ufurlands, in Petersburg. In allen andern Städten war noch nichts oder wenig davon zu merken. Unsere Kollegen waren verhältnismäßig die frühesten aller Berufe, denn der Bund der Typographen Petersburgs zählte im Jahre 1907 schon 9388 Mitglieder, während z. B. die Metallarbeiter, also der zahlreichste Beruf, es nur auf 11200 Mitglieder brachten. Als die revolutionäre Bewegung niedergeboren wurde, lebte die Polizeiwilthür wieder auf. Unter Stolypins Regierung war jedes Mittel gegen die Gewerkschaften erlaubt. Die meisten wurden aufgelöst, ihre Begehungen geschloßen, die Gelder beschlagnahmt und die Führer ins Gefängnis geworfen oder in unwürdliche Gegenden verschickt. Die zaristische Bureaokratie konnte sich einer erfolgreichen Tätigkeit rühmen: die meisten Berufsverbände waren öffentlich ausgemergelt. Den Rest besorgte der Krieg. Nur dem Bunde der Typographen gelang es, sich nicht nur unter der Herrschaft Stolypins, sondern auch während des Krieges zu behaupten. Erst die Revolution von 1917 ließ die Gewerkschaftsbewegung wieder aufleben. Sprunghaft gingen die Mitgliederziffern in die Höhe. Im März 1917, also bei Ausbruch der Revolution, zählte der Petersburger Buchdruckerverband 2000 Mitglieder (so weit ging er seit 1905 herunter), liegt dann im April auf 12000, im August auf 24000 und im Oktober auf 25000 Mitglieder. (In diesen Ziffern sind wahrscheinlich auch die Hilfsarbeiter enthalten, denn es ist nicht anzunehmen, daß Petersburg mehr Buchdruckergehilfen zählt, wie z. B. das größere Berlin.) Da über Ziele und Zwecke der Berufsverbände die russische Arbeiterchaft noch herzlich wenig wußte, ließen sich die Verbände vor allen Dingen die Aufklärungsarbeit angelegen sein. Daran beteiligten sich ausgiebig auch unsere Kollegen. Nicht nur in ihrem Organ „Pletschatnoje Djeło“ („Das Buchdruckgewerbe“), sondern auch in der Öffentlichkeitsarbeit widmeten sie sich der intensiven Aufklärungsarbeit. Eine Konferenz der süd-russischen Buchdrucker, die im Oktober 1907 in Charlow stattfand, nahm eine Resolution an, in der die Gründung von Aufklärungskommissionen innerhalb der örtlichen Verbände empfohlen wurde; diese sollten aus sich heraus eine gemeinsame Zentralkommission für den Aufklärungsdienst wählen, die wiederum einer Aufklärungsbezirkskommission des Zentralrats unterstehen sollte. Der Buchdruckerverband hat im Laufe des Jahres gütliche Tarifverträge abgeschlossen und auch fast allen andern Forderungen Geltung verschafft. Doch auf die Blüte der Gewerkschaftsbewegung fiel bald der raube Reif. Als im Oktober 1917 die Bolschewiki ans Ruder kamen, ging es mit den Gewerkschaften bergab. Die erste Folge der bolschewistischen Politik war der rasche Niedergang der gesamten Volkswirtschaft. Geradezu entsetzlich waren die wirtschaftlichen Verheerungen. Eine Fabrik nach der andern wurde geschlossen, hauptsächlich infolge Mangels an Brenn- und Rohstoffen. Das die Zustände auf die Organisationen einen höchst ungünstigen Einfluß ausübten, ist klar. Den Todesstoß aber verlebte den Gewerkschaften die Ansicht der bolschewistischen Machthaber, die Gewerkschaften seien nicht mehr notwendig, denn sie hätten ihre Aufgabe als Massenkampfororganisation erfüllt und müßten jetzt nur noch Hilfsorgane der Republik in ihrem Kampfe zur Durchführung des sozialistischen Programms sein. In diesem Sinne revolutionierte auch mit erschütternder Mehrheit der im Januar 1918 in Petersburg abgehaltene allrussische Gewerkschaftskongreß, dessen Delegierte sich überwiegend zu den Bolschewiki rechneten. Die Delegierten der Buchdrucker, die ungefähr 9000 Mitglieder vertraten, erklärten sich mit dieser Resolution voll und ganz einverstanden. Die Minderheit des Kongresses protestierte energisch gegen diesen selbstmörderischen Beschluß und kündigte gegen ihn einen energischen Kampf innerhalb der örtlichen Organisationen an. Welche Früchte dieser Kampf zeitigte, ist uns noch nicht bekannt. Möglicherweise, daß der Bund der Typographen gegenwärtig eine reine politische Kampfororganisation ist, weil er nunmehr der Meinung ist, daß seine wirtschaftlichen Forderungen restlos in Erfüllung gegangen sind.

Estland. Der Professionelle Buchgewerbeverband, welcher seinen Sitz in Riga hat und dem sämtliche graphischen Arbeiter und Angestellte in einzelnen Sektionen angehören, hat eine erfolgreiche Bewegung durchgeführt. Die stetig zunehmende Teuerung veranlaßte die Organisation, folgende neue Gehaltsnormierungen zu stellen, die am 16. Dezember 1918 in Kraft treten und für alle Mitglieder des Verbandes Geltung haben sollen: Für Geher, Drucker, Steinbruder, Lithographen, Buchbinder, Stereotypenre, Schriftleiter, Chemikerinnen usw. 70 Abl. wöchentlich. Für Maschinenföher bei siebenstündiger Ar-

beitszeit + 50 Proz. des Handlertages = 105 Rbl. wöchentlich. Für die in Buchdruckerereien beschäftigten Buchbinder 70 Rbl., für Gehilfen 32 Rbl. wöchentlich. Für männliche Hilfsarbeiter 50 Rbl., für weibliche (gelernte) 32 Rbl. und für Anfertigerinnen (Anfertigerinnen) 20 Rbl. pro Woche. Für Lehrlinge im ersten Jahre 15 Rbl., im zweiten Jahre 20 Rbl., im dritten Jahre 30 Rbl., im vierten Jahre 40 Rbl. pro Woche. Für das Druckerkontorpersonal: Jüngere Kontoristen (innen) 195 Rbl., ältere Kontoristen (innen) 227,50 Rbl., Korrektoren und Korrekturisten 245 Rbl., Kalligraphen 227,50 Rbl. pro Monat. Das Berechnen ist abzumachen und an seine Stelle eine festgesetzte Norm einzuführen. Überstunden sind nur im äußersten Falle zulässig und von der ersten Stunde ab mit 100 Proz. zu entschädigen. Ferien sind zu gewähren in der Zeit vom 1. Mai bis zum 1. Oktober, und zwar nach drei Monaten eine Woche, nach sechs Monaten zwei Wochen, nach zwölf Monaten vier Wochen, wobei der Lohn für die Ferien im voraus zu zahlen ist. Am Vorabend folgender Feiertage wird nur halbe Tage gearbeitet: Weihnachten, Neujahr, Ostern, Pfingsten und Sobann; Sonnabends und vor sonstigen Feiertagen in der Woche ist eine Stunde früher zu schließen. Der 1. Mai und andre Nationalfeiertage, welche noch nicht vorgeleben, sind zu feiern, wofür der Lohn nicht gekürzt werden darf. Im Krankheitsfalle wurde voller Lohn, freier Arzt und freie Medizin bis zur Einführung der allgemeinen staatlichen Arbeitsversicherung verlangt. Ferner: Scheuerung der Arbeitsräume mindestens einmal wöchentlich; das Auskehren und gleichzeitige Säubern der Arbeitsräume muß nach Feierabend geschehen; Aufstellung von Speisebetten in genügender Menge; Seife nach Bedarf; Handtücherwechsel mindestens einmal in der Woche; Beheizung der Arbeitsräume nicht unter 13 Grad Reaumur; Beleuchtung und Reinhaltung der Aborte; Annahme von Arbeitskräften durch den Arbeitsnachweis beim Verband; reiflose Auszahlung des Lohnes für die laufende Woche während der Arbeitszeit; die Streiktage müssen voll bezahlt werden; wegen Streik darf niemand entlassen werden. Einzelne Betriebe bewilligten die Forderungen sofort, die übrigen nach mehrmaligem Ausstand. Eine weitere Forderung der Gehilfen, Einfluß auf beabsichtigte Entlassungen zu gewinnen, konnte noch nicht durchgeführt werden.

Alger. Laut „Board of Trade Journal“ hat sich in Alger eine Gesellschaft mit einem Kapital von 3000000 Franks zur Herstellung von Papiermasse aus Esparto gebildet. Das Land soll im Departement Oran über fast unbegrenzte Espartomengen verfügen.

□ □ □ Ernährungswirtschaft □ □ □

Unsre Ernährungsausichten.

Die Arbeiterschaft braucht neben Freiheit und Frieden auch ausreichende Nahrung. Nach dem Rezept der Sozialisten, die mit dem Schädler durch die Wand und überall ihren politischen und wirtschaftlichen Ansturm mit blutruhmiger Gewalt durchsetzen wollen, kommen wir aber niemals zum Ziel. Anarchie hindert die Versorgung, die Erfüllung der eingegangenen Bedingungen und läßt die Hilfe unserer bisherigen Gegner noch weiter hinauschieben, auch im übrigen durch härtere Bedingungen uns den Brotkorb höher hängen. Die wahllose Selbsterhaltung und bei politischen Ausschreitungen (auch der Streikwucherer und Lebensmittelhändler) liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft. Schon durch den Mindestlohn vom 7. Dezember v. Js. wurden Lebensmittelhändler und Spitzbuben ein großes in Soldatenrocke von ihrer Strafe befreit und können ebenfalls ihr schmutziges Gewerbe weiterbetreiben zum Schaden der Allgemeinheit. Es sollte endlich Klarheit darüber herrschen, was der Arbeiterschaft gegenwärtig und auch auf die Dauer nützlich ist.

Die Ernährungsausichten sind im großen Ganzen nicht so trübe, als es scheinen könnte. Wenn es auch vorläufig noch lange nicht ohne knappe Rationierung abgeht, so wird sich doch die Versorgung nach und nach bessern. Zumal Zulufgebiete, die Eisenländer der Ernährung, werden durch ausländische Hilfe zuerst bedacht werden. Die Lebensmittelzulagen für Schwerarbeiter sind freilich gefallen, was nur der Allgemeinheit zugute kommt. Nur für die Arbeiterschaft, die zur Erfüllung der überaus harten Waffentillandsbedingungen ansehnlich tätig sein muß, werden die Zulagen auch weiterhin gewährt, womit man sich selbstverständlich einverstanden erklären kann.

Die Brotversorgung ist durch überreiche Getreideablieferung der kleinen Erzeuger, die jetzt erst die richtige Zeit zum Dreschen haben, bis zur amerikanischen Hilfe mehr als gesichert. Die Kartoffelzubereiter in die Großstädte sind bei der jetzigen Witterung anhaltend gut. Zur Verklärung der Lieferungen wurde die weitere Kürzung des Brennholznorms um 25 Proz. angeordnet. In Sachsen war man durch die unsicheren Verhältnisse in seinem Zulufgebiete Polen sehr besorgt angesichts der Tatsache, daß sich die wenigsten für den Winter eindecken konnten und sich die meisten jetzt mit der verringerten 5 Pfd.-Ration abfinden müssen. Aber auch dieser Fels ist vorüber, denn der Bedarf kann aus dem südlichen Teile der Provinz gedeckt werden, der von den Türken nicht ergriffen ist. Die Milch- und Fettversorgung läßt in Sachsen aber dauernd zu wünschen übrig. Selbst soll bis auf weiteres Auslandsbutter ausgegeben werden, die im Preis um 1 Mk. das Pfund höher steht.

Die Aufhebung der englischen Sperre in der Deutschen Buchst und auch kürzlich in der westlichen Misse werden die Fischerei wieder beleben und die Zulufungen günstig

beeinflussen. Nur gibt es zu denken, daß sich durch die hohen Forderungen der Minensucher die Räumung der Minenselder sehr in die Länge ziehen soll, wodurch die dringend notwendige uneingeschränkte Seefischerei lange hintangehalten wird. Die Ursachen der Fischknappheit und die in letzter Zeit rapid gestiegenen Preise müssen auf jeden Fall baldigt beseitigt werden. Eine staatliche Seefischerei, zu deren Gründung mit dem Reichsmarineamt bereits Besprechungen im Gange sind, können erst für später bezüglich preiswerter Ware in Frage kommen.

Das Angebot in Pferdefleisch wird nun überall größer durch die umfangreichen Verkäufe von Militärpferden, die freilich nur als Nutzpferde und, wie man hört, sogar schon von 35 Mk. an erstanden werden konnten. Die Fleischpreise müssen sich aber auf jeden Fall senken. In Bayern sind folgende Höchstpreise festgesetzt, die als Richtschnur dienen können: Für ein Pfund Rende, Fisel, Zunge 1,10 Mk., Fleisch ohne Knochen 95 Pf., mit 80 Pf., geringeres Fleisch 70 Pf., Ränderfleisch ohne Knochen 1,60 Mk., mit 1,20 Mk., Eingeweide 90 Pf., Dauerwurst 2 Mk. Es könnte noch mehr aufgeführt werden, mit dem sich sehr und künftig unsre Lebenshaltung von inländischen Erzeugnissen besser; einseitigen soll es aber genügen.

Ein Anfang mit der viel geläuterten amerikanischen Lebensmittelhilfe ist gleichfalls gemacht. Darmstadt erhielt bekanntlich schon 15 Waggons mit Kaffee, Reis, Konserven und Speck zugeteilt, was dem roten Kreuz, den Lazarett und im übrigen der Bevölkerung zugute kommt. Man hatte sich im allgemeinen von den großen Lebensmittelgeschäften, die schon unterwegs sein sollten, freilich mehr versprochen, aber es wird alles noch werden, nur muß jeder selbst nach besten Kräften dazu beitragen und die Vorbedingungen schaffen, die dazu notwendig sind. Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover, als Generaldirektor des Hilfswerkes, hält 1400000 T Lebensmittel für notwendig, um das nollende Europa bis zur nächsten Ernte zu befriedigen; es wäre festgesetzt, daß durch allzu große Knappheit in Fleisch, Fett und Milch die Kindersterblichkeit erschreckend groß und die Zustände zumal in den Großstädten ernst seien. Hoover sprach sich weiter richtunggebend unzuweifelhaft dahin aus, daß Amerika ebenso gut an die Deutschen verkaufen kann, als an die Alliierten und die Neutralen, wenn sie zahlungsfähig sind, und wenn sie Sicherheit bieten durch übertragbare bewegliche Werte, derart also, daß die Lieferung von Lebensmitteln nichts anderes darstellt, als ein Gegengeschäft. Nach Hoover würde auch Amerika Deutschland finanzielle Unterstützung gewähren, freilich erst nach entsprechender Verständigung mit den Alliierten. Amerikanischer Weizen und Roggen ist nach der Verjorgung der Entente für Deutschland noch in erheblichem Überflusse vorhanden, so daß mit baldigen Lieferungen gerechnet werden kann.

Die Notwendigkeit, uns mit Lebensmitteln zu versorgen, ist auch von der amerikanischen Prüfungskommission anerkannt worden, wenn auch die Gefahr der größten Not bestritten wird. Die Versorgung soll durch Lebensmittelagenten der neutralen Zone geschehen, die im Falle der Gefährdung rasch zurückgenommen oder befehrt werden können. Die Weitergabe soll bezirksweise nur unter der Bedingung erfolgen, daß Ruhe und Ordnung dort herrschen. Die Engländer dagegen halten festhalten, daß wir noch eine Lebensweise wie im Frieden führen können. Sie waren gewiß nur bei Kriegsgewinnlern oder Kommerzienräts zu Gaste oder prüften nur ländliche Bezirke. Hoffentlich urteilt aber die englische Offizierskommission, die dieser Tage auch in Leipzig zur Prüfung der Ernährungsverhältnisse weilte, objektiver und stellt eine wirkliche Not fest. Der oberste Rat des Versorgungs- und Hilfswerkes hat in London zum ersten Male gesagt. Es muß von ihm erwartet werden, daß er die Lebensmittelhilfe oder -lieferung für Deutschland nicht so rasch behandelt, wie man es bisher zu tun beliebte.

Auch die Nachbarländer, ganz besonders Holland, können wieder mehr zu unsrer Lebenshaltung beisteuern. In Dänemark hat die Buttererzeugung zugenommen, so daß die staatlichen Referenvollager von 30000 Fässern für die Ausfuhr freigegeben sind. Deutschland kann hiervon erhalten, soweit es andre nötige Erzeugnisse einkaufen kann. In Spanien und Norwegen ist die Fischindustrie im Aufblühen und kann uns Zulufhilfe liefern. Der ganze Weltmarkt steht uns offen, der uns wieder Kaffee, Kakao, Süßfrüchte usw. genehen lassen kann, freilich fast nur unter der Kontrolle der Entente, und das ist schmerzhaft, aber abfinden müssen wir uns damit, wenn auch nur vorläufig. Es muß wieder anders werden.

Von allen Seiten winkt uns Hilfe, alle Länder sind schleichlich froh, ihre Erzeugnisse an uns verkaufen oder gegen andre Güter einkaufen zu können. Die Wege, die wir dabei gehen müssen, liegen klar auf der Hand; sie sind uns durch natürliche und aufgezwungene Bedingungen gegeben.

Des weiteren müssen wir alles daran setzen, daß der Wert unsres Geldes, der sogar im neutralen Auslande bis unter die Hälfte gesunken ist, wieder gehoben wird, sonst werden wir nie preiswerte Nahrungsmittel erhalten. Unser Ansehen muß verbessert, Sicherheit geschaffen und unsre Verhältnisse stabilisiert werden. Die ungeschunden hohen Preise für alle heimischen Erzeugnisse müssen heruntergebracht und dadurch die Kaufkraft des Geldes gehoben werden. Im übrigen mögen uns unsre Friedensunterhändler auf Grund der 14 Punkte Wilsons wieder aus der Sackgasse führen, in die uns der furchtbare Waffenstillstandsvertrag gebracht hat.

R. St. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehreverein.) Das immer rege und ständig wachsende Interesse der Kollegen an unsern Versammlungen bewies aufs neue der Besuch unsrer Generalversammlung am 5. Januar. In bezüglcher Weise begrüßte Kollege Braun die anwesenden Kollegen zum neuen Jahr und sand treffliche Worte für unsre beimgeliebten Feldgrauen. Nach Ehrung von drei verstorbenen lieben Kollegen gab der Vorsitzende aus bestimmter Veranlassung folgende Richtlinien bekannt: Alle Anfragen tariflicher Natur, Beschwerden über den Arbeitsnachweis usw. sind an den Kreisvertreter zu richten. In der lebhaften Diskussion brachte Kollege C. Reinthal allerlei seiner Meinung nach besprechende Ungerechtigkeiten gegen die Arbeitslosen zur Sprache, die wir leider, da unzulässig, nicht abändern können. Da das Referat des Kollegen Bierath verlagert wurde, konnte dieser nur eine kurze Richtfeststellung bringen. Kollege Braun besprach darauf eingehend und eindringlich den Geschäftsbericht des Vorstandes. Kollege Jürber machte zur unbedingten Einigkeit und hielt die spätere Sozialisierung der Großbetriebe für notwendig. Aus den Vorstandswahlen gingen u. a. hervor: Braun als erster Vorsitzender und Güler als Kassierer. 29 Neuaufnahmen wurden vollzogen. — Nächste Versammlung am 2. Februar.

Leipzig. (Gewerkschaftenversammlung.) Ebenso zahlreich wie am 5. Januar hatte sich die Leipziger Kollegenchaft auch am 9. Januar zu der vom Geworverband einberufenen Versammlung im „Sausouci“ eingefunden, um den Bericht über die Lohnbewegung entgegenzunehmen. Für den erkrankten Kollegen Engelbrecht referierte zweiter Vorsitzender Hesselbarth. Nach dem Beschluß der letzten Versammlung traten die Kollegen einmütig am 7. Januar in passive Resistenz. Die Unternehmer verhielten sich durch alle möglichen Ausflüchte sich von der Zulage zu drücken. So erklärten sie, die Betriebe schließen zu wollen. Auch wiesen sie darauf hin, daß eine in den nächsten Tagen zusammengetretene Tarifausschussung einbünftigen Beschluß fassen würde. Doch stehen die Kollegen sich auf nichts ein, und so kapitulierten einige Großfirmen nach kurzer Zeit, doch zahlten sie nur unter Vorbehalt. Am 11 Uhr trat der angeregte Demobilisierungsausschuss zusammen. Dieser erklärte die Zeuerungszulage ebenfalls für gesetzlich und die Prinzipale hätten sich diesem Beschluß zu fügen, andernfalls verließen sie der gesetzlichen Strafe bis zu 10000 Mk. oder fünf Jahren Gefängnis. Nach Bekanntwerden dieses Entschdes ergaben sich auch fast alle übrigen Prinzipale, so daß am Abend 150 Leipziger Firmen die Zulagen bewilligt und zum Teil auch bereits zur Auszahlung gebracht hatten. Gegen die übrigen, meist Betriebe mit einem bis zu drei Gehilfen, wird Klage beim Gewerbegericht eingereicht. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht folgte eine rege Diskussion, in welcher von einigen Rednern dem Kollegen Hesselbarth der Vorwurf des Brennsens gemacht wurde. In seinem Schlussworte wies dieser den gegen ihn erhobenen Vorwurf zurück. Er habe in voriger Versammlung nur darauf hingewiesen, daß wir in der gegenwärtigen Situation keine solchen Mittel anzuwenden brauchen, da die vom Tarifausschuss beschlossene Zulage Gesetzeskraft habe, die Regierung demnach auch für Durchführung dieses Gesetzes zu sorgen hat. Eine Resolution des Kollegen Junge, welche sich im allgemeinen mit seiner in der letzten Versammlung eingebrachten dachte, und wiederum die Forderung auf Sozialisierung der Betriebe in den Vordergrund stellte, wurde abermals mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Beim zweiten Tagesordnungspunkte: „Stellungnahme betreffs einer eventuellen Arbeitszeitverkürzung“ erinnerte Kollege Hesselbarth daran, daß sowohl in der am 16. Dezember v. J. als auch in der am 5. Januar d. J. angenommenen Resolution eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit gefordert wurde. Gegenwärtig haben wir 750 Arbeitslose bei insgesamt 20000 Arbeitslosen in Leipzig. Fortwährend vergrößert sich die Zahl. Seils verursacht durch Kohlenmangel, teils schützte die Prinzipale die unsicheren politischen Verhältnisse vor. Er empfahl zum Schluß der Versammlung, die Entscheidung über die Frage betreffs Arbeitszeitverkürzung dem Vorstande von Fall zu Fall zu überlassen. Auch hieran schloß sich eine lebhaftige Ansprache, nach welcher folgende zwei Anträge fast einstimmig angenommen wurden: 1. (Antrag Gelsche, Dornheim): Das Berechnen, welches den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht und nur geeignet ist, die Zahl der Arbeitslosen zu erhöhen, ist für den Gau Leipzig sofort zu verbieten. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln haben die Kollegen des Gau Leipzig für die Durchführung des Beschlusses einzutreten; 2. (Antrag Wittich): Im gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit wirkt am entgegenzutreten, hat der Geworverband sofort bei den maßgebenden Behörden Schritte zwecks Verkürzung der Arbeitslosigkeit und Einstellung von Arbeitskräften einzuleiten. Der Geworverband hat über die Einhaltung der zu freistehenden Bestimmungen zu wachen, nötigenfalls ist eine reichs- oder ortsgesetzliche tarifliche Regelung zu beantragen. Der durch die verkürzte Arbeitszeit eintretende Lohnverlust ist durch die behördliche und gewerkschaftliche (soweit es krafttechnisch möglich ist) Arbeitslosenunterstützung zu ergänzen, so daß jeder Buchdrucker mindestens den festgesetzten tariflichen Minimallohn erreicht. Auf eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Anfrage, wie sich die Kollegen anlässlich eines von den Leipziger Unabhängigen beabsichtigten Sympathiestreiks zu verhalten hätten, erklärte der Versammlungsleiter, Kollege Hesselbarth, daß es Sache jedes einzelnen Kollegen sei, wie er sich zu diesem Streik stelle. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Nachahmenswerte Beispiele. In Hamburg erhielten alle am 14. Dezember 1918 bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine beschäftigten Personen in der Woche vor Weihnachten als außerordentliche Feuerzuzulage einen Wochenlohn oder ein Viertel des Monatsgehalts, mindestens jedoch 40 Mk., höchstens 100 Mk., ausgezahlt. Ferner erhalten sämtliche Angestellte, die bis zum 1. April 1919 von Militär entlassen werden und direkt wieder bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine eintreten, diese Zuwendung. — Die Firma E. Köhlers Buchdruckerei (Inhaber R. Wöhe) in Bernau (Mark) zählte in diesem Jahre den verheirateten Kollegen eine Weihnachtsgeschenksliste von 50 Mk., den unverheirateten Kollegen eine solche von 20 bis 50 Mk. Auch gewährte die Firma den Frauen der eingezogenen Kollegen während der ganzen Kriegszeit eine wöchentliche Unterstützung von 10 Mk.

Entlassungen dürfen nur in besonderen Fällen erfolgen! Unten 4. Januar 1919 veröffentlicht das Reichs-gesetzblatt eine Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über die Entlassung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung, in welcher die Unternehmer gewerblicher Betriebe, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt sind, unter anderem verpflichtet werden, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung, also am 4. Januar, in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter weiter zu beschäftigen. Wird einem Betriebsunternehmer die Durchführung dieser Pflicht durch die Verhältnisse des Betriebes ganz oder zum Teil unmöglich gemacht, so kann er die Zahl seiner Arbeiter entsprechend einschränken. Dabei ist grundsätzlich, soweit es die Verhältnisse gestatten, der Alltagsdienst und jedenfalls als untere Grenze eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden für die Bemessung der Arbeitsleistung eines Arbeiters in dem Betrieb als maßgebend anzusehen. Die unter diesen Umständen zur Entlassung kommenden Arbeiter sind im Einverständnis des Arbeiters auszusuchen zu bestimmen. Bei der Auswahl der eventuell zu entlassenden Arbeiter sollen zunächst die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Erheblichkeit des einzelnen Arbeiters geprüft werden; ferner sind das Lebens- und das Dienstverhältnis sowie der Familienstand des Arbeiters derart zu berücksichtigen, daß die älteren, eingearbeiteten Arbeiter und diejenigen mit Versorgungsberechtigter Familie möglichst in ihrer Stellung zu belassen sind. Ferner wird verlangt, daß die Kriegshinterbliebenen angemessen berücksichtigt werden. Für die Entlassung kommen in Betracht die nicht auf Erwerb An-gewiesenen; diejenigen, welche in andern Berufen (Land- und Forstwirtschaft, Hauswirtschaft) Arbeit finden können; ferner die Arbeiter, welche während des Krieges von einem andern Orte zugezogen sind, wenn sie nicht die Befreiung des für diesen Ort zuständigen Arbeits-nachweises beibringen können, das eine Beschäftigung von Arbeitsgelegenheit an diesem Ort oder in dessen Um-gebung nicht möglich ist. Sugendliche Arbeiter, die im Lehrverhältnis oder in ähnlicher Fachausbildung stehen, sind, wenn möglich, auf ihren Plätzen zu belassen. Wir machen unsere Kollegen ansehnlich der massenhaften Kündigungen, welche zur Zeit ausgesprochen werden, auf diese wichtigen Gesetzesbestimmungen besonders aufmerksam.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Tarifamt bzw. der Tarifauschuss Veranlassung nehmen, sich mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit in unsern Gewerbe zu befassen und bei dieser Gelegenheit die angezogenen Bestimmungen der genannten Verordnung in das Bereich seiner Beratungen ziehen. Auf jeden Fall dürfte es sich für die örtlichen Organisationsstellen empfehlen, mit der Leitung der Prinzipalität in Verbindungzutreten, um schon vorher der Sache näherzutreten und dadurch umfangreiche Entlassungen zu verhindern. In derselben Verordnung wird die Pflicht der Arbeitgeber, die bei ihnen zu Beginn des Krieges beschäftigten und jetzt vom Heeresdienst entlassenen Kriegs-geheimen wieder einzustellen, auch auf diejenigen Arbeiter ausgedehnt, welche zur Zeit des Kriegsausbruchs ihrer Dienstpflicht genügen und aus diesem Grund aus dem Betrieb ausgeschieden waren. Schließlich sind die Unternehmer auch verpflichtet, die Arbeiter, welche bei Ausbruch des Krieges noch schulpflichtig waren, erst später in den Betrieb des Unternehmers und von dieser ihrer ersten Arbeitsstelle aus zum Militärdienst eingezogen wurden, wieder einzustellen. Den Kriegsteilnehmern sind zunächst ihre alten Plätze wieder einzuräumen.

Verhärzung der Arbeitszeit in Frankfurt a. M. Mit Rücksicht auf Arbeitslosigkeit und Kostenloft hat sich der Arbeiter- und Soldatenrat in Frankfurt a. M. veranlaßt gesehen, die tägliche Arbeitszeit auf sechs Stunden herabzusetzen. Zufällig ist eine siebenstündige Arbeitszeit, wenn der Sonnabend freigegeben wird.

Ausstellung Schweizerischer Graphik. Eine günstige Gelegenheit zur außergewöhnlich billigen Erwerbung von zwei Originalholzschnitten und zwei Originalillustrationen der Schweizer E. Müllnerberger, Heinrich Müller, Albert Foppeler und R. Ulrich bietet sich den Besuchern der Wochentags von 10 bis 4 und Sonntags von 11 bis 2 Uhr unentgeltlich geöffneten großen Ausstellung Schweizerischer Graphik im Deutschen Buchgewerbehaus in Leipzig, Dols-straße 1. Die Kunstblätter bilden die Beigabe zu dem Katalog der Ausstellung, der nur 60 Pf. kostet.

Schadenfeuer. Die Druckerei der bekannten „Magdeburgerischen Zeitung“ in Magdeburg wurde von einem großen Schadenfeuer heimgesucht. Die Zerstörungen in den Betriebsräumen der Druckerei sind beträchtlich.

Entzug der amtlichen Bekanntmachungen. In Braunschweig beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat, sämtliche Bekanntmachungen und Veröffentlichungen nur noch im „Volksfreund“, im „Braunschweiger Anzeiger“ und in den bestehenden Kreisblättern zur Kenntnis des Publikums zu bringen, den übrigen bürgerlichen Blättern aber diese Veröffentlichungen zu entziehen, weil sie gegen die Regierung gearbeitet haben. Die Entziehung der amtlichen Bekanntmachungen der militärischen Presse gegen-über ist genau noch so verwerflich, wie sie früher von den Arbeitern bekämpft wurde. Man soll doch nicht in die Fehler der verflochtenen Regierung verfallen. In der in Betracht kommenden Sitzung wurde auch ein Vorschlag zur Verstaatlichung des Anzeigewesens gemacht; die Reichsregie-rung steht allerdings auf dem Standpunkte, daß an eine solche Verstaatlichung vorläufig nicht gedacht werden könne.

Es geht drüber und drunter. Am 9. Januar kam es in Hamburg zu einer Demonstration vor dem sozialdemokratischen „Hamburger Echo“, mit dessen Redaktion die Spartakisten nicht zufrieden sind. Ein regelrechter Kampf entbrannte, bei welchem die Sicherheitsmann-schaften der Regierung das Gebäude hielten. — In Dresden

sagen etwa 600 Teilnehmer einer vorher abgehaltenen Verammlung vor das Gebäude der „Dresdner Volkszeitung“ und verletzten, mit Gewalt in das Gebäude ein-zudringen. Ein starkes Aufgebot von Truppen verbinder-te jedoch das Eindringen. Die angrenzenden Straßen wurden abgeperrt und gesäubert, wobei es zu einer Schießerei kam, die aber glücklicherweise ohne Blutver-gießen verlief. — Im Anschluß an eine Verammlung des Spartakusbundes wurden am 6. Januar die Redaktionen der „Düsseldorfer Nachrichten“, des „Düsseldorfer Tages-blatts“ und der „Freien Presse“ von Unbekannten der Spartakisten besetzt und am Weiterarbeiten verhindert.

Briefkasten

R. K. in M.: Dazu ist die Ablegung der Meisterprüfung er-forderlich. Wenden Sie sich mit einer Anfrage an die zuständige Handwerks- bzw. Gewerkschaft. — H. G. in Hannover: Über selbstverständlich. Gruß. — W. K. in S.: Bitte Aufnahme S. P. in S.: Eingang wird dankend befragt. Freundl. Gruß!

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Obergau. Der Jahresbericht erscheint diesmal im Um-fange des vorjährigen. Die Berichte für denselben müssen bis spätestens 10. Februar durch die Bezirke eingeleitet werden.

— Auf das letzte Gauvorstands-rundschreiben haben aus einigen Orten und Bezirken noch die gewünschten Nachrichten aus. Um recht baldige Einlebung derselben wird gebeten.

Gau IV der Saale. Dem Drucker Richard Sadn, geboren in Halberstadt 1893, ist sein Verbandsbuch (Haupt-buchnummer 13829) verloren gegangen. Ihm ist ein neues Buch (Nr. 110896) ausgestellt worden. Das ver-loren gegangene Buch wird hiermit für ungültig erklärt.

Adressenveränderungen

Kasbach. Vorsitzender: Gustav Schöbe, Münzberger Straße 12. Beisitzend: (Bezirks-Mitgliedervereine) Vorsitzender: G. Droste, Eulentruuper Weg 87; Kassierer: Hugo G. im k. Weber-straße 10. Döbeln i. Sacl. Vorsitzender: Karl Buchholz, Kleine Kirch-gasse 3; Kassierer: Emil Herrmann II, Dresdner Straße 46 II. Gelsenkirchen. Vorsitzender: Paul Schmidt, Moraststraße 33; Kassierer: August Wurme, Rolandstraße 2. Genßlin. Vorsitzender: Wilhelm Lemke, Steinstraße 3.

Verammlungskalender

Schweidnitz. Generalversammlung heute Sonnabend, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Weißen Löwen“, Dresdener Straße. Plessen i. B. Generalversammlung Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftsbaus „Schillergarten“, Paulauer Straße.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Vertheil: Der Buchdruckerstandpunkt. Das Buchgewerbe im Ausland: Österreich, — Ungarn, — Schweiz, — Rußland, — Dänland, — Ägypten. Ernährungswirtschaft: Unsere Ernährungsausichten. Korrespondenzen: Berlin (M. S.), — Leipzig. Anstalten: Nachahmenswerte Beispiele. — Entlassungen dürfen nur in besonderen Fällen erfolgen! — Verhärzung der Arbeitszeit in Frankfurt a. M. — Ausstellung Schweizerischer Graphik. — Schaden-feuer. — Entzug der amtlichen Bekanntmachungen. — Es geht drüber und drunter.

Wir suchen zum 1. März einen arbeitsfreudigen, vorwärtsstrebend. Druckereifachmann als Seherfaktor

welcher über durchaus tüchtige Fachkenntnisse verfügt, gewandt im Verkehr mit dem Publikum, fester Disponent und Kalkulator und besitzt f. l. eine alleingeführte größere Druckerei mit Zeitungsverlag durch wirkungsvolle und moderne Druckmaschinen erfolgreich auszubauen und größtenteils Seherpersonal vorzuführen. Nur ernsthafte Bewerber, die obigen Ansprüche wirklich zu ge-nügen glauben, werden um Einbringung von Offerten mit Bild und Angaben von Gehaltsforderung aufgefordert. (117) Solzbuchdruckerei Max Zahn & Co., Mannheim.

Für die „Burger Zeitung“ in Burg i. Dithm. wird zum 10. Februar ein tüchtiger (120)

Schweizerdegen (kalkulationskundig — Korrekturen lesen erwidelt) gesucht. Meldungen mit Angabe der Gehalts-anprüche an Th. Weiner, Marne i. Dithm., Königsstraße 67.

Seherstereotypenreuer mit guten Erfahrungen in Metallreue- rerei gesucht. (112) Buchdruckerei Ed. Alth, Düsseldorf.

Jüngerer Schriftsetzer militärisch, in allen Sacharten bewandert, sucht Stellung in höherer Provinzstadt Thüringens. Angebote erbeten. (118) Rudolf Seifert, Alsenberg (S.-M.), Altheidstraße 31.

Floster Seher sucht dauernde Stellung. Eventuell Be-teiligung mit 3000 Mk. Dfl. u. Ca. 257 an H. Meise, Berlin, Frankfurter-Str. 346

Jünger, strebsamer Mensch sucht Stellung als Schriftsetzer (möglichst Stellung) in Bayern (München, Nürnberg u. Umg.). Best. Angebote unter Nr. 111 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Floster Schriftsetzer firm im modernen Linien- und An-gewandtheit, wünscht sich zu verändern, gleich wohin. Antritt 14 Tage nach Eingangszeit. Beste Angebote unter O. 115 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Linotypenreuer eventuell auch einseitigen als Handscher, sucht Stellung. (116) Karl Eichhorn, Döbeln, Chemnitzer Straße 1.

Wo und Wie! Unter welcher Beding. kann junger Seher, a. d. Freie zurüd, Linotype erl.? Ang. u. B. H. 48 an Invalidentank, Chemnitz.

Jüngerer Buchdrucker vom Militärdienst entlassen, welcher an Illustrations-, Werk- und Duplexmaschine ausgebildet und auch in Stereotypen-reue nicht unerfahren ist, sucht baldmöglichst passende Stellung. Beste Offerten er-beten an Eugen Winkler, Alsenberg (S.-M.), Unt. Schloß 1.

Jünger, strebsamer Buchdrucker bis jetzt im Linien- und Buchdruck tätig, sucht sofort oder später in einem größeren Be-zirk Stellung, wo ihm Gelegenheit ge-boten wird, sich im Farben- und Werk- druck auszubilden. Best. Angebote unter M. S. 106 an d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Im Drei- und Vierfarbendruck sowie gutem Linien- und Buchdruck erfahrener, selbstständig arbeitender Siegeloffener sucht Stellung. Offerten unter Nr. 98 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Berliner Korrektorenverein Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Algenriedenstraße 44: Jahreshauptversammlung

Zagordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vereinsmitteilungen. 3. Schutzungs-änderung (Umwandlung der Wochen-beiträge in Monatsbeiträge). 4. Jahres-bericht und Vorstandswahl. 5. Erlob-wahl für den auscheidenden Vorsitzenden der Zentralkommission. 6. Bericht über den Jahresbesuch erwartet. (108) Der Vorstand.

Alle in Ihrer Druckerei unbrauchbar gewordenen Schwinkel-haken, Stillerwerke, Säulen, Schäfte und dergleichen repariere ich gegenm. Elektro-mech. Industrie, G. m. B., München, Traubergstraße 8.

Jeder Kollege der noch dem Krieg auf der Höhe befin-den will und immer vorwärtsstrebt braucht z. weit. Fortbildung und zum Selbstunterricht unbedingt gute Fachbücher

Diese sowie Material u. Vorlagen lief. Die Verlagsabteilung i. B. D. F. G. Leipzig, Salomonstr. 8, Postf. Nr. 53 430 Neue Preisliste auf Wunsch kostenlos.

Für die Meisterprüfung empfiehlt geeignete Fachbücher Graph. Verl. S. Giesl, München, Katalog 25 Pf.

Leipzig. G. Hoffmann & Co. Leipzig. Friedrichstr. 9. „Zum Goldenen Windelbaken“ Empf. meine freundl. Vorkalid.; gute, saub. Übernacht. B. verm. Medam. 1475

Graphische Fachklassen Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Geschäftsstelle Barmen.

„S. M.“ Ercheinen monatlich

Jeder Fachmann sollte in seinem eignen Interesse ländiger Leser der reichhaltigen „Typographischen Mitteilungen“ sein, da sie das nützlichste u. beste Fachblatt aller Berufsangehörige sind. Durch die Post oder Buchhandlung bezogen: für ein Vierteljahr 1,50 Mk. Direkt vom Verlag unter Anreue-band: für ein Jahr 8 Mk., für ein Vierteljahr 2 Mk., Einzelhefte 75 Pf.

Die Jahrgänge 1915, 1916, 1917 und 1918 können zum Preise von 5 Mk. noch geliefert werden. Einzubehalten 2 Mk. Voreinsendung des Betrages ist erforderlich. Probenummern werden nur gegen Berechnung abgegeben. Verlag: Leipzig, Salomonstraße 8. Postfachkonto Leipzig Nr. 52287.

Bostonpresse kleines Format, eventuell kleine Druckerei zu kaufen gesucht. Offert. unter V. R. 114 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wie soll ich zurichten? Ein Leibes- u. Ausbau der Juristena in allen Druckerarten auf Schnellpresse u. Aeglet, 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Kunst-druck, geb. postfrei 2,15 Mk.; ferner Der Buchdrucker am „M. B. 3“

Ein Kollege z. Einleitung des Unter-richts-Bogenführers auf alle Papierarten: 93 S. Atlas, 55 Abb., geb. 1,55 Mk. post-frei geg. Voreinsend. od. Nachn. v. Berl. R. Kausch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

Am 13. Januar verließ nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher (110)

Friedrich Grube aus Gröbener b. Heilstedt, im Alter von 43 Jahren. In dem Verstorbenen verkörpert wir ein treues und eifriges Mit-glied. Ein ehrendes Andenken be-wahren ihm Die Verbandsmitglieber der Firma Oscar Brandstetter, Leipzig.

Wiederum haben wir den Tod zweier lieber Gangesbrüder zu beklagen, die Seher (121)

Emil Weisenhainer und Friedrich Grube Den Verlust dieser treuen und eifrigen Mitglieder betrauern wir aufrichtig und werden ihr Andenken immer in Ehren halten. „Eisenberg“, Gewerkschaft Leipzig Buchdrucker und Schriftsetzer.